

IV C 1 - S 1980-1/14/10001 :024



Rücklauf



2015/1115803
16. Dezember 2015

Jan 6/12
20/12
Jan 7/12

Büro Pflanz
- Versand am 5.1.12

PSt M *lang u. ...*

über

St JG

auf dem Dienstweg

m.d.B. um Zeichnung des Schreibens zu l.

DL, VL, VM, Ke
(siehe auch Anlage 1)
von Dr. ...

O. J. R

Jan 23/12

Reg. IV

L. d. A

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick u.a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

„Steuerrechtliche Zulässigkeit des Dividenden-Strippings“

BT-Drucksache 18/6863 vom 24. November 2015

Anforderung KR vom 1. Dezember 2015

I. Antwortentwurf

I. Schreiben

Kopf: PSt M

Az.: wie vor

Eingang Nr.
Erschienen am 20. 12. von ...
Gelesen am von
Besandt 5.1. von ...

Präsident des Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kopf: wie Dr. ...

- 2 -

Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick u.a. und der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN;

„Steuerrechtliche Zulässigkeit des Dividenden-Strippings“

BT-Drucksache 18/6863 vom 24. November 2015

4 Mehrabdrucke

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens der Bundesregierung beantworte ich die o.g. Kleine Anfrage wie folgt:

1. „Stellt nach Ansicht der Bundesregierung das Dividendenstripping eine zulässige Form der Steuergestaltung dar (Bitte mit Begründung dieser Rechtsauffassung)? Wenn ja, wann liegt nach Auffassung der Bundesregierung eine missbräuchliche Gestaltung im Sinne von § 42 Abgabenordnung in Fällen des sog. Dividendenstripping vor und macht das Ausmaß oder die Planmäßigkeit der Geschäfte insoweit einen Unterschied?“

Für bestimmte Konstellationen des sog. Dividendenstrippings hat der Bundesfinanzhof in den Urteilen vom 15. Dezember 1999 (I R 29/97) und vom 20. November 2007 (I R 85/05) entschieden, dass diese grundsätzlich zulässig seien. Ob in anderen Konstellationen die Grenzen des Gestaltungsmissbrauches überschritten sind, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

2. „Wie wird nach der Kenntnis der Bundesregierung die rechtliche Zulässigkeit des Dividendenstrippings vom wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen bzw. seinen Mitglieder bewertet?“

Der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums der Finanzen hat keine Bewertung der rechtlichen Zulässigkeit des Dividendenstrippings vorgenommen. Der Presse konnte entnommen werden, dass ein Mitglied des wissenschaftlichen Beirates anlässlich eines Zeitungsartikels zu Cum/Cum-Gestaltungen befragt wurde.

3. „Welche Urteile der Finanzgerichtsbarkeit befassen sich mit dem Dividendenstripping, und welche Schlussfolgerungen ergeben sich für die Bundesregierung aus diesen vorliegenden Urteilen?“

BFH, Beschluss vom 20. November 2007, I R 85/05, BStBl II 2013, 287

BFH, Urteil vom 15. Dezember 1999, I R 29/97, BStBl II 2000, 527

- 3 -

FG Düsseldorf, Urteil vom 10. September 2002, 5 K 3666/98 K, F, EFG 2003, 20
Hessisches FG, Urteil vom 17. Januar 2001, 1 K 2287/00, EFG 2001, 898
Zu den Schlussfolgerungen für die Bundesregierung vgl. Antwort zu 1.

4. „Wie wird das Dividendenstripping nach Kenntnis der Bundesregierung in anderen Mitgliedsstaaten der EU und in Australien behandelt und durch welche Regelungen wird es ggf. ganz oder teilweise unterbunden?“

Nach Kenntnis der Bundesregierung wird das Dividendenstripping in anderen Mitgliedsstaaten der EU (Niederlande und Portugal) und in Australien wie folgt behandelt:

Niederlande

Nach Art. 4 Absatz 7 Wet op de dividendbelasting 1965 und Artikel 25 Absatz 2 Körperschaftsteuergesetz (CITA 1969) sind jegliche Steuerbefreiungen und Erstattungen ausgeschlossen, wenn der Empfänger der Dividendenzahlung nicht der wirtschaftliche Eigentümer ist. Das wird vermutet, wenn ein Dritter in Folge einer Transaktion von der Dividendenzahlung zumindest teilweise profitiert, selber nur eine weniger günstige steuerliche Regelung hätte in Anspruch nehmen können und zudem nach der Transaktion über eine vergleichbare Position als Anteilseigner verfügt wie vor der Transaktion. Wenn die Voraussetzungen dieser Abwehrregelung greifen, kann nach dem Körperschaftsteuergesetz der betroffene niederländische Steuerzahler die Quellensteuer nicht auf seine Körperschaftsteuerschuld antechnen. Nach Art. 4 Absatz 7 Wet op de dividendbelasting 1965 kann weder der Dividendenempfänger noch der wirtschaftliche Eigentümer eine Befreiung, Anrechnung oder Erstattung der Quellensteuer verlangen und zwar auch dann nicht, wenn dem wirtschaftlichen Eigentümer bei unmittelbarem Dividendenbezug eine Anrechnung oder Erstattung zugestanden hätte. Zudem haftet das ausschüttende Unternehmen unter bestimmten weiteren Voraussetzungen für die fällige Quellensteuer, wenn es zu Unrecht eine reduzierte Steuerrate oder eine Befreiung angewendet hat. Keine Anwendung findet die Abwehrregelung allerdings, wenn es keine Verbindung zwischen dem Verkauf von Aktien vor dem Dividendenstichtag und einem Rückkauf nach dem Stichtag gibt.

Portugal

Gewinnausschüttungen von körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaften an ganz- oder teilweise steuerbefreite Personen unterliegen einem autonomen Steuersatz (tributação autónoma) von 25 %, soweit der Anteil nicht länger als ein Jahr gehalten wurde.

Australien

Die australische Abwehrgesetzgebung ist geregelt in den Sectionen 207-140 bis 207-160 der Subdivision 207-F des Income Tax Assessment Act 1997 (ITAA 1997). Danach werden Dividenden beim Empfänger steuerlich nicht berücksichtigt und eine Steueranrechnung wird nicht gewährt, wenn die Dividendenausschüttung im Rahmen einer „Dividend Stripping Operation“ erfolgt (Sec. 207-145 Abs. 1 d und Sec. 207-155). Gleiches gilt für Empfänger, die Aktien nicht mindestens 45 Tage (90 Tage bei Vorzugsaktien) halten (Sec. 207-145 Abs. 1 a ITAA 1997 und Sec. 160 APHO ITAA 1936). Kleinanleger, deren Summe aller Steueranrechnungen eines Jahres 5.000 AUD nicht übersteigt (Sec. 207-145 Abs. 1 a ITAA 1997 und Sec. 160 APHT ITAA 1936), fallen nicht unter die Abwehrgesetzgebung.

5. „Ist die unterschiedliche Behandlung von Steuerausländern und Steuerinländern bei der Anrechnung der von der Aktiengesellschaft einbehaltenen und an den deutschen Fiskus abgeführten Kapitalertragssteuer nach Auffassung der Bundesregierung europarechtskonform? Wenn eine Beantwortung für alle denkbaren Sachverhalte nicht einheitlich möglich ist: In welchen Sachverhaltsvarianten ist die Behandlung von Steuerausländern und Steuerinländern bei der Anrechnung der von der Aktiengesellschaft einbehaltenen und an den deutschen Fiskus abgeführten Kapitalertragssteuer nach Auffassung der Bundesregierung europarechtskonform?“

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die angesprochenen Regelungen unionsrechtskonform ausgestaltet sind. ~~Die Verringerung bestimmter unionsrechtlicher Risiken beim Einbehalt von Kapitalertragssteuer bei an ausländische Fonds ausgeschüttete Dividenden ist im Übrigen Gegenstand der aktuellen Überlegungen zu einer Reform des Investmentsteuerrechts.~~

6. „Wie hoch ist das jährliche durch das Dividendenstripping betroffene Kapitalertragssteueraufkommen bzw. wie hoch sind die jährlichen Steuerausfälle durch Dividendenstripping seit 2012, die sich nach Schätzungen von Prof. Dr. Christoph Sprengel für 2015 auf fünf Milliarden Euro belaufen (vgl. Wirtschaftswoche 15.05.2015)?“
7. „Wenn der Bundesregierung keine Zahlen und Schätzungen zu Frage 6 vorliegen, untersucht oder plant die Bundesregierung diesen Sachverhalt zu ermitteln und wenn ja bis wann?“

Die Fragen 6 und 7 werden zusammen beantwortet.

Es

~~Der Bundesregierung liegen keine geeigneten Erkenntnisquellen vor, die eine verlässliche Bezifferung der Steuerausfälle oder des betroffenen Kapitalertragssteueraufkom-~~

mens erlauben würden. ~~Es ist auch nicht ersichtlich, wie die Bundesregierung geeignete Erkenntnisse erschließen könnte.~~

8. „Unter welchen Umständen können die durch Dividendenstripping erreichten Steuervorteile von den Steuerpflichtigen zurück gefordert werden und plant die Bundesregierung oder das Bundeszentralamt für Steuern die Rückförderung durchzusetzen?“

Die Prüfung der Anrechnung von Kapitalertragsteuer bei Steuerinländern obliegt den Finanzbehörden der Länder und nicht dem Bundeszentralamt für Steuern. Dies gilt auch für eine etwaige Rückforderung bereits angerechneter Kapitalertragsteuer. Im Übrigen vgl. die Antwort zu Frage 1.

9. „Wenn nein, kann die Rückforderung der Steuererstattungen durch eine rückwirkende Änderung der Rechtslage oder andere Maßnahmen gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Art erreicht werden und plant die Bundesregierung solche Maßnahmen vorzunehmen?“

Mit dem Diskussionsentwurf zum Investmentsteuerreformgesetz vom 22. Juli 2015 hat das Bundesministerium der Finanzen Vorschläge zur Verhinderung von Cum/Cum-Geschäften über Investmentfonds vorgelegt. In dem am 18. Dezember 2015 veröffentlichten Referentenentwurf für ein Investmentsteuerreformgesetz hat das Bundesministerium der Finanzen weitere Vorschläge zur Vermeidung von Cum/Cum-Geschäften in der Direktanlage aufgenommen.

10. „Wertet die BaFin oder eine andere Behörde Stimmrechtsmitteilungen nach §§ 21 ff WpHG systematisch aus, um Anhaltspunkte für Dividendenstripping zu ermitteln, die in weiteren Besteuerungsverfahren einer Klärung zugeführt werden?“
11. „Kann die BaFin auf Grund der bestehenden Rechtslage die in Frage 10 erfragten Handlungen vornehmen, insbesondere die festgestellten Transaktionen eines Steuerinländers um den Dividendenstichtag an die Steuerbehörden weiter geben?“

Die Fragen 10 und 11 werden zusammen beantwortet.

Im Bereich der Stimmrechtsmitteilungen beschränkt sich der Auftrag der BaFin darauf, die Einhaltung der Verbote und Gebote des WpHG zu überwachen (§ 4 Abs. 1 bis 3 WpHG). Auswertungen der Mitteilungen zur Ermittlung steuerrechtlich relevanter Sachverhalte gehören nicht zum Aufgabenbereich der BaFin und werden nicht durchgeführt. Die Informationen, welche im Rahmen von Stimmrechtsmitteilungen an die BaFin übermittelt werden, stehen der BaFin nicht exklusiv zur Verfügung; sie sind

- 6 -

für jedermann frei zugänglich, da Stimmrechtsmitteilungen vom Emittenten zu veröffentlichen und im Unternehmensregister zu speichern sind (§ 26 WpHG).

12. „Welche grundsätzlichen Möglichkeiten gibt es, die Steuerausfälle aus dem Dividendenstripping ganz oder teilweise zu unterbinden?“

Vgl. Antwort zu Frage 9

13. „Welche Maßnahmen gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Art plant die Bundesregierung, um das Dividendenstripping künftig zu unterbinden?“

Vgl. Antwort zu Frage 9

14. „Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der steuerlichen Ansässigkeit und der Rechtsform der am Dividendenstripping beteiligten ausländischen Anleger vor? Falls der Bundesregierung keine detaillierten Erkenntnisse vorliegen: Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, ob es sich schwerpunktmäßig um Anleger aus dem EU-Ausland handelt, um Anleger aus Staaten mit niedrigen Steuerbelastungen für Dividendeneinkünfte oder um Anleger aus Staaten mit denen kein Doppelbesteuerungsabkommen und damit keine Quellensteuerbegrenzung vorliegen?“

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse hinsichtlich der steuerlichen Ansässigkeit und der Rechtsform der am Dividendenstripping beteiligten ausländischen Anlegerinnen und Anleger vor. Das Dividendenstripping ist für Anlegerinnen und Anleger wirtschaftlich vorteilhaft, die ganz oder teilweise endgültig mit Kapitalertragsteuer belastet werden, soweit der Vorteil aus der Gestaltung die damit verbundenen Aufwendungen übersteigt.

15. „Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der teilnehmenden Inländer vor? Gibt es Erkenntnisse, dass die Aktien besonders von Unternehmen und besonders von Kapitalgesellschaften erworben werden?“
16. „Kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Dividendenstripping überwiegend über Kreditinstitute abgewickelt wird und handeln die Kreditinstitute dabei im Namen ihrer Kunden oder auf eigene Rechnung?“
17. „Wie werden die Veräußerungsverluste die beim Inländer durch den Kauf der Aktie cum Dividende und den Weiterverkauf ex Dividende entstehen steuerlich behandelt?“

Die Fragen 15-17 werden im Zusammenhang beantwortet.

Charakteristisch für Cum/Cum Gestaltungen ist die Übertragung von Aktien an Steuerinländer vor dem Dividendenstichtag. Nach Bezug der Dividende erfolgt eine Rückübertragung der Aktien unter Berücksichtigung des Dividendenabschlags. Die Kalkulation der Gestaltung setzt im Regelfall voraus, dass die Dividende steuerpflichtig ist und durch einen Veräußerungsverlust in Höhe des Dividendenabschlags bei der Rückübertragung der Aktien beim Steuerinländer kompensiert werden kann. Diese Voraussetzung wird z. B. von inländischen Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten erfüllt, die in den Anwendungsbereich von § 8b Absatz 7 KStG fallen. Nach § 8b Absatz 7 KStG sind Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Aktien abweichend von § 8b Absatz 1 und 2 KStG steuerpflichtig, und im Umkehrschluss sind Veräußerungsverluste aus Aktien abweichend von § 8b Absatz 3 KStG bei der Ermittlung des Einkommens mindern zu berücksichtigen.

18. „Haben die Regelungen zur Wertpapierleihe (§ 8 Absatz 10 Körperschaftsteuergesetz) eine Bedeutung im Zusammenhang mit dem Dividendenstripping?“

Die Regelungen zur Wertpapierleihe nach § 8b Absatz 10 KStG haben keine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit Dividendenstripping. Von § 8b Absatz 10 KStG werden in erster Linie Gestaltungen erfasst, die darauf gerichtet sind, einen rein steuerlichen Verlust beim Entleiher der Aktien zu generieren.

19. „Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Beteiligungshöhen der Anteile vor? Handelt es sich ausschließlich um Anteile im Streubesitz oder gibt es auch Fälle bei denen der erwerbende Inländer das Schachtelprivileg in Anspruch nehmen kann?“

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse hinsichtlich der Beteiligungshöhen der Anteile vor. Bei Beteiligungen über 10 % kann die Dividende nach § 8b Absatz 1 KStG zwar steuerfrei durch die inländische Körperschaft bezogen werden, nach § 8b Absatz 5 KStG gelten aber 5 % der Dividende als nicht abziehbare Betriebsausgabe.

20. „Wie beurteilt die Bundesregierung und die BaFin das Risiko für Steuerinländer, insbesondere inländische Kreditinstitute, inländische Kapitalverwaltungsgesellschaften und Investmentvermögen, die sich in Folge von Dividendenstripping-Transaktionen Kapitalertragssteuer auf beschriebenen Weg haben erstatten lassen, für den Fall, dass das Vorgehen von der Rechtsprechung als steuerrechtswidrig eingestuft wird?“

Die BaFin bewertet dieses Risiko im Rahmen ihrer Zuständigkeit zunächst als operationelles Risiko (Rechtsrisiko und Reputationsrisiko) für die beaufsichtigten Unternehmen, für das eine entsprechende finanzielle Vorsorge zu treffen ist. Ob auch Fragen der persönlichen oder fachlichen Eignung der Geschäftsleiter berührt werden, wäre jeweils im Einzelfall zu prüfen. Andere aufsichtliche Ansatzpunkte gibt es nicht.

21. „Hat die BaFin bei den beaufsichtigten Unternehmen das unter Frage 20 beschriebene Risiko untersucht und welche Maßnahmen hat die BaFin getroffen, dass die betroffenen beaufsichtigten Unternehmen ausreichend Risikovorsorge treffen?“

Cum/Cum-Geschäfte wurden von der BaFin nicht gesondert untersucht.

22. „Ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft bzw. wer ist dem verwalteten Investmentvermögen schadenersatzpflichtig, wenn dieses Dividendenstripping-Transaktionen mit Steuerausländern durchgeführt hat und dieses Vorgehen von der Rechtsprechung als steuerrechtswidrig eingestuft wird?“

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft ist dem verwalteten Investmentvermögen gegenüber verpflichtet, die Bestimmungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und der Anlagebedingungen einzuhalten. Eine Kapitalverwaltungsgesellschaft ist gemäß den allgemeinen Verhaltensregeln des KAGB unter anderem verpflichtet, ihrer Tätigkeit ehrlich, mit der gebotenen Sachkenntnis, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit und redlich nachzugehen. Bei Verstößen gelten die allgemeinen Schadenersatzregelungen des Zivilrechts.

23. „In welchem Umfang betreibt die teilweise im Eigentum des Bundes befindliche Commerzbank Dividendenstripping? Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Commerzbank solche Geschäfte betreibt, die zu Lasten des Fiskus gehen?“

Die Commerzbank AG hat die Frage am 4. Dezember 2015 wie folgt gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) beantwortet:

„Die Commerzbank tätigt täglich über 100.000 Trades mit tausenden unterschiedlichen Kunden, Brokern, Banken und vielen anderen Marktteilnehmern. Dabei stellen wir durch umfangreiche interne Systeme und Kontrollen sicher, dass alle Trades im Einklang mit dem geltenden Recht stehen. Darüber hinaus haben wir eigene, noch härtere interne Regelungen und Kontrollen etabliert, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen, um Fälle von Dividendenarbitrage um den Dividendenstichtag zu limitieren.“

Wird auf
Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. die Antwort zur Frage Nr. 1

24. „Haben die Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat oder andere staatliche Akteure wie Finanzaufsicht oder FMSA diese Problematik gegenüber der Commerzbank angesprochen? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?“

Die Commerzbank hat BaFin und FMSA im Jahre 2012 wie folgt geantwortet:

„Die Commerzbank führt seit 2009 keine Transaktionen durch, bei denen eine Einordnung als sog. "cum-ex transaction" bzw. deren mißbräuchliche Verwendung durch die Finanzverwaltung zur Diskussion gestellt werden könnte. Dies ist durch eine entsprechende interne Anweisung ausdrücklich klargestellt.“

Die auf Vorschlag des Bundes von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats der Commerzbank AG handeln weisungsunabhängig. ~~Das BMF hat die derzeitigen Vertreter gebeten, das Thema im Aufsichtsrat anzusprechen.~~

Der Gesetzgeber selbst hat die unbefugte Offenbarung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses mit § 203 Absatz 2 Nummer 1 des Strafgesetzbuches für Amtsträger unter Strafe gestellt. Vor diesem Hintergrund kann – nach sorgfältiger Abwägung des Informationsinteresses der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einerseits und der angesprochenen Geheimhaltungsinteressen andererseits – der weitere Teil dieser Frage, der Angaben zum Gegenstand von Aufsichtsratssitzungen der Commerzbank AG erfordert, nicht offen beantwortet werden und nicht in der zur Veröffentlichung in einer Bundestagsdrucksache vorgesehenen Weise. Mit entsprechender Einstufung als VS-VERTRAULICH werden die weiteren Angaben daher an die Geheimhaltungsstelle des Deutschen Bundestages übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

z. U.

PSi M

II. Sachverhalt und Stellungnahme

vgl. Antwortentwurf zu I.

- 10 -

Die Referate I A 3, E A 7, IV A 6, IV B 1, IV B 2, IV B 3, IV C 2, V A 5, VII B 2, VII B 5, VII C 3, VII C 4, VIII B 4 haben mitgewirkt und mitgezeichnet.

BMW hat mitgezeichnet.

